

**NIEDERSCHRIFT Nr.: 10/L**

**NIEDERSCHRIFT Nr.: 10/S**

über die gemeinsame öffentliche Sondersitzung der staatlichen und städtischen  
Deputationen für Wirtschaft und Arbeit

**am Mittwoch, 15.07.2020, um 15:30 Uhr**

10. Sitzung in der 20. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 15:35 Uhr

Sitzungsende: 17:10 Uhr

---

Anwesend:

Vertreter/-in des Senats

Frau Senatorin Vogt

Deputation für Wirtschaft und Arbeit

Staatlich

Frau Janina Brünjes  
Frau Dr. Henrike Müller  
Herr Maurice Müller  
Herr Carsten Meyer-Heder  
Herr Thorsten Raschen  
Herr Harald Rühl  
Herr Volker Stahmann  
Herr Ingo Tebje  
Herr Christoph Weiss (Vorsitzender)

Städtisch

Herr Robert Bücking  
Herr Carsten Meyer-Heder  
Herr Dr. Volker Redder  
Herr Harald Rühl  
Frau Kerstin Selinski-Spohler  
Herr Volker Stahmann  
Herr Ingo Tebje  
Herr Falk-Konstantin Wagner  
Herr Christoph Weiss (Vorsitzender)

Von der Verwaltung

Herr Brunßen  
Frau Emmenecker  
Frau Frese  
Frau Jansen  
Herr Dr. Kühling  
Frau Ledamun

Herr Müller  
Herr Sengstake  
Herr Stührenberg  
Frau Viezens  
Herr Staatsrat Wiebe

Gäste

Frau Marahrens-Hashagen (Handelskammer Bremen)  
Herr Dr. Fonger (Handelskammer Bremen)  
Herr Schierenbeck (Arbeitnehmerkammer Bremen)  
Frau Düring (Deutscher Gewerkschaftsbund, DGB)  
Herr Neumann-Redlin (Unternehmensverbände im Lande Bremen e.V.)

**Abg. Weiss** eröffnet die gemeinsame öffentliche Sondersitzung der staatlichen und städtischen Deputationen für Wirtschaft und Arbeit.

Einziges Beratungsgegenstand sind die Herausforderungen durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

### **TOP 1 Herausforderungen durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise**

Einführend erläutert **Abg. Weiss**, dass die heutige Sondersitzung dem Austausch zwischen Politik und Wirtschaft abseits einer sach- und fachorientierten Tagesordnung dienen solle. Die Politikseite sehe er dabei eher in einer zuhörenden Rolle; ganz allgemein hoffe er, dass es den Mitgliedern und Gästen gelingen werde, aus ihren persönlichen Filterblasen herauszukommen und die Krise bzw. deren Bewältigung diskursorientiert zu analysieren.

**Frau Düring** (DGB) erkennt die bisherigen politischen Anstrengungen zur Krisenbewältigung an, sieht aber zunehmend Probleme für die Transformation in einen Normalzustand. So erwarte sie, dass die finanziellen Reserven der Bundesagentur für Arbeit (BA) bis Ende 2020 aufgebraucht seien, obwohl das gesamte Ausmass der Inanspruchnahme für das Kurzarbeitergeld (KUG) erst im August 2020 sichtbar werde. Trotzdem hält sie das Kurzarbeitergeld für ein gutes arbeitsmarktpolitisches Instrument, sodass eine Verlängerung auf bis zu 24 Monate ihres Erachtens denkbar sei, insbesondere, falls eine sinnvolle Verbindung mit Qualifikationsmaßnahmen gelänge.

Für besorgniserregend hält sie die konjunkturelle Entwicklung sowie die Lage am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für jüngere Beschäftigte bis 25 Jahre. So seien erste Anzeichen einer Insolvenzwelle erkennbar und die erfahrungsgemäß stabile Zahl von rund 3000 arbeitslosen Jugendlichen würde durch die aktuellen Krisenverluste weiter anwachsen. Sie hebt hervor, dass alle relevanten bremischen Akteure besonders gefordert seien, um eine verlorene Jugendgeneration zu verhindern. Tourismus-, Gastronomie- und Kulturbetriebe würden besonders von einer Insolvenzwelle betroffen sein; die aktuellen Maßnahmen sicherten zwar eine Übergangsphase, doch inzwischen müssten auch wieder Perspektiven entwickelt werden.

Der Bremen-Fonds sollte ihrer Ansicht nach eine Investitionsoffensive mit klaren Zielvorgaben einleiten und unter anderem den notwendigen Struktur- und Digitalisierungswandel befeuern und unterstützen. Dieser müsse als sozio-ökonomischer Prozess angelegt sein, mit dem Leitbild der Guten Arbeit verbunden sein und auf breiter Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft fußen.

**Frau Marahrens-Hashagen** (Handelskammer Bremen, HK) sieht in der Frage der Ausbildung weitgehende Einigkeit mit den DGB-Positionen, denn die Fachkräfte seien ein bedeutender Faktor für eine erfolgreiche Wirtschaft. Die duale Ausbildung in Deutschland biete für den Fachkräftenachwuchs eine schlagkräftige Entwicklungsplattform. Positiv beurteilt sie

Prämien für Unternehmen, die zusätzliche eigene oder weitere Auszubildende aus Insolvenzbetrieben aufnahmen. Insgesamt teile sie aber die Sorge von Frau Düring hinsichtlich einer verlorenen Generation.

Eine Verlängerung des KUG sollte unbedingt angestrebt werden; die Anpassung von Geschäftsmodellen und die Digitalisierung müssten unbedingt unterstützt werden. Ähnlich wie Frau Düring erwarte sie auch eine Insolvenzwelle, trotz der Erleichterungen zur pflichtgemäßen Anmeldung von Insolvenzen, die voraussichtlich nur zu einer Verzögerung führen werden.

**Herr Dr. Fonger** (HK) führt zum Bremen-Fonds aus, dass dieser insbesondere auf den Erhalt und die Stabilisierung von Wirtschaft bzw. Arbeitsplätzen ausgerichtet werden müsse; erst in zweiter Linie – und dann bestenfalls kombiniert - sehe er strukturanpassende Maßnahmen.

Kurzfristig sollten die Maßnahmen vor allem dort Wirkung entfalten, wo die Bundesprogramme nicht zögen, wie etwa in der Gastronomie, im Veranstaltungsbereich oder in den Bereichen Schiffbau und Kreuzfahrtgewerbe.

Einen weiteren bedeutenden Schwerpunkt im Bremen-Fonds sehe er in der Innenstadt, für die er andernfalls einen großen Verlust an Arbeitsplätzen befürchte; die für die Innenstadt vorgesehene Summe von 10 Mio. € könnte sich seines Erachtens als zu knapp erweisen.

**Herr Schierenbeck** (Arbeitnehmerkammer, ANK) begrüßt die Möglichkeit des heutigen Austausches ausdrücklich.

Seine Erwartungen an den Bremen-Fonds richteten sich insbesondere an den Erhalt und die Stabilisierung tarifgebundener und sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze, die besonders in den Blick genommen werden sollten. Des Weiteren halte er wirtschaftspolitische Impulse in Zukunftsbranchen sowie Qualifizierungsmaßnahmen für benachteiligte Beschäftigte für erforderlich.

Nachdrücklich wirbt er für wirtschaftspolitische Impulse in Zukunftsbranchen; insbesondere im Bereich der wissensbasierten Dienstleistungen sehe er noch großen Potenzial angesichts der im bundesweiten Vergleich optimierungsfähigen Ausstattung Bremens. Der durch die Krise ausgelöste Digitalisierungsschub sollte unbedingt genutzt und in der allgemeinen Wirtschaftsstruktur fortgeführt werden.

Die industrielle Struktur Bremens sollte breiter aufgestellt werden; besondere Potenziale sehe er in Gesundheitsgebieten, in denen mit der digitalen Medizintechnik auch Bremerhaben besonders profitieren könnte. Vor dem Hintergrund des Klimawandels biete auch der Wandel zu einer postfossilen Energiewirtschaft neue Perspektiven für die industrielle Struktur des Landes.

Arbeitsmarktpolitisch halte er eine Qualifizierungsoffensive für junge Menschen für erforderlich; in dem Segment sehe er auch Frauen in den Einzelhandels-, Gastronomie- und Tourismusbranchen besonders betroffen; häufig handele es sich um sogenannte Mini-Jobs, aus

denen sich keine Unterstützungsansprüche ableiten ließen. Im Übrigen sollten Beschäftigte in Branchen, deren Arbeitsplätze nachhaltig gefährdet seien, direkt von Qualifizierungsmaßnahmen profitieren können, etwa über Transfergesellschaften, um den Übergang der Betroffenen in andere reguläre Arbeitsverhältnisse zu erleichtern.

Von der Wirtschaftsförderung erwarte er eine vertiefte Unterstützung im Digitalisierungswandel für die Unternehmen und ihre Beschäftigten im Sinne einer ganzheitlichen Beratung. Da er rund 800 Ausbildungsplätze weniger erwarte, sollte für den Ausbildungsmarkt aus dem Bremen-Fonds ein Schutzschirm aufgespannt werden.

**Herr Neumann-Redlin** (UVHB) sieht sich einig mit Frau Düring hinsichtlich der Finanzausstattung der BA. Da das KUG das herausragende Kriseninstrument sei, sollte es unbedingt verlängert werden. Er gibt aber zu bedenken, dass es Branchen gebe, denen die Verlängerung des KUG allein nicht helfe, wie etwa die Automobilbranche, die auch vorher schon unter einem erheblichen Anpassungsdruck gestanden habe.

Seines Erachtens sollten unbedingt auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergriffen bzw. ausgebaut werden. So könnten neue Qualifizierungsmodelle unter Einbeziehung von Arbeitslosen eingerichtet werden oder die Bildung von Ausbildungsverbänden unter Flankierung einer neutralen Koordinierungsstelle des Landes verstärkt werden, um diese mittelfristig ohne öffentliche Zuschüsse auf eine eigenständige und stabile Basis zu stellen.

Zur Lage am Ausbildungsmarkt verweist er auf die Zahl der Ausbildungsplätze, die aktuell die Bewerbungszahlen überstiegen; insofern halte er die Einrichtung entsprechender Ausbildungsfonds nicht für erforderlich. Vielmehr sollte auf die Auftrags- und Verbundausbildung gesetzt werden.

Insgesamt sollte sich Bremen auf die guten Möglichkeiten der Arbeitsmarktpolitik konzentrieren, auch wenn sie nicht so umfassend seien wie in anderen Bundesländern.

**Senatorin Vogt** erläutert einleitend, dass mit den bisherigen Maßnahmen einige Probleme nur verlagert worden seien, sodass mittelfristig weitere Insolvenzen folgen werden; signifikante Kennzahlen lägen in Bremen dabei regelmäßig über dem Bundesdurchschnitt. Da die bremische Industrie stark auf die Bereiche Auto, Luft- und Raumfahrt und Stahl mit insgesamt rund 35000 Beschäftigten fokussiert sei und diese Branchen schon vorher unter einem hohen Anpassungsdruck standen, seien Investitionen in die Zukunftsfähigkeit und Innovationen unabdingbar. Insbesondere der Flugzeugbau – mit im Übrigen 8000 Beschäftigten bei Zulieferern – sei dringend auf Innovationen angewiesen. Immerhin biete Bremen mit dem EcoMaT und dem VPH ein gewichtiges Argument für den Standort, das sich auszuzahlen scheine, denn ein großer Teil von Engineering und Produktion sei am bremischen Standort von Airbus verblieben. Um aber die Innovationen auch in einem möglicherweise ab ca. 2023 erhaltenen Flugzeugbau anwenden zu können, sei das KUG von großer Bedeutung, sodass Bremen in der letzten Wirtschaftsministerkonferenz einen Antrag auf eine Verlängerung auf 24 Monate eingebracht hatte, der einstimmig durch die Länder

unterstützt wurde. Diesen Beschluss habe sie Bundesminister Heil weitergeleitet, mit der Bitte, die Bezugsdauer des KuG entsprechend auf 24 Monate zu verlängern. In diesem Zusammenhang werde auch der Wert der Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses für die Unternehmen deutlich; sie denke, dass das Know-How junger Menschen im Unternehmen gehalten werden müsse, und dass unter Umständen die Lebensarbeitszeit angepasst werden müsse.

Auch wenn das Ressort alle Anstrengungen für Strukturanpassungen unterstütze, sehe sie nicht, dass die Unternehmensstruktur das vorrangige und breite Problem in den bremischen Unternehmen sei.

Konjunkturprogramme des Bundes würden denen des Landes auf jeden Fall vorgehen; in dem Zusammenhang bemerkt sie, dass eine Streckung der zusätzlichen GRW-Mittel durch die Bundesregierung nicht gewollt sei. Vorgesehen würden die Landesmittel vor allem für Maßnahmen mit mittel- bis langfristiger Wirkung. Den zeitlichen Beginn des Bremen-Fonds sehe sie mit dem Ende der aktuellen Sofort- und Überbrückungsmaßnahmen.

Über Ausbildungsverbände könnte insbesondere der Einstieg in die Ausbildung organisiert werden. Insgesamt müssten die Instrumente für die Ausbildungsförderung und Qualifizierungsmaßnahmen deutlich geschärft und gegebenenfalls neu ausgerichtet werden, um die bisher auf die Unternehmen ausgerichteten Qualifizierungsmaßnahmen auch direkt für Beschäftigte nutzbar zu machen – denkbar etwa über Kombinationen in Transfergesellschaften.

Abschließend betont sie die herausragende Rolle der WFB bei der Umsetzung der Maßnahmen.

**Abg. Raschen** erinnert, dass es Bremerhaven gelungen sei, die dortige Arbeitslosenquote zwischenzeitlich von 25% von 11% zu senken, diese allerdings inzwischen wieder auf 15% zulaufe. Er halte es für erforderlich, passgenaue Maßnahmen für die beiden Städte zu entwerfen; aktuell laufe die Diskussion sehr Bremen-zentriert, während in Bremerhaven noch Unklarheit über Ziele und Ausgestaltung des Bremen-Fonds herrsche. Allerdings sei auch die Bremerhavener City mit dem Abzug zweier großer Kaufhäuser stark negativ getroffen. So bitte er, für den unterschiedlichen Charakter der beiden Städte auch unterschiedliche Maßnahmen anzusetzen.

**Abg. Müller** fragt, ob es möglich sei, dass Bremerhaven unter durch Einbeziehung des Bremen-Fonds besonders von der Flottenmodernisierung des Bundes und der dafür vorgesehenen Bundesmitteln profitieren könne.

**Abg. Tebje** erwartet eine konjunkturelle Schwäche von mehr als 24 Monaten. Vor diesem Hintergrund denke er, dass der Förderbedarf in der Facharbeiterebene abnehmen werde, während der Bedarf im akademischen Bereichen, in Forschung und Entwicklung steigen würde. Seines Erachtens könnte man zwischen akademisierten Berufsfeldern und der

Facharbeiterebene Brücken schlagen und der Facharbeiterebene neue Beschäftigungsfelder eröffnen.

**Abg. Meyer-Heder** stellt nachdrücklich zum allgemein angenommenen Digitalisierungsschub fest, dass es einen solchen bisher nicht gegeben habe. Basis für erfolgreiche Digitalisierungsschritte sei ein gesundes Unternehmen, das das Thema auch ernst nehme. Er stelle allerdings fest, dass insbesondere große Unternehmen ihre Digitalisierungsprojekte zunächst eingestellt hätten, sodass insgesamt eine rückläufige Entwicklung in diesem Bereich zu verzeichnen sei.

**Dep. Rühl** erinnert, dass nach der Finanzkrise die Ausnahme von der Pflicht zum Vorhalten von Personen, die eine Ausbildereignungsprüfung absolviert haben für eigentlich nicht zur Ausbildung qualifizierte Unternehmen eingeführt worden sei, um den Ausbildungsmarkt entsprechend zu entlasten. Da diese Ausnahmen in den vergangenen Jahren zurückgefahren worden seien, regt er an, sie wieder in Kraft zu setzen.

**Herr Dr. Fonger** stellt dazu fest, dass die Aussetzung der Ausbildereignungsprüfung vor dem Hintergrund der Ausbildungsqualität zwei Seiten habe. Er möchte hinsichtlich der grundsätzlichen Lage am Ausbildungsmarkt auch vor übereilten Schlussfolgerungen warnen, denn der Rückgang der Ausbildungsverträge im Mai zwischen 10%-15% werde voraussichtlich – mindestens teilweise - aufgeholt werden können; einige Unternehmen könnten etwa erst jetzt die Bewerbungsverfahren abschließen und mit dem Versicherungsbereich gebe es eine ganze Branche, der eine entsprechende Bewerberzahl für das Ausbildungsangebot fehle. Dies liege auch an der ausgefallenen Berufsorientierung aufgrund der Schulschließungen. Insgesamt sehe er eine große Anzahl von Unternehmen, die am vorgesehenen Ausbildungsumfang festhalten wollten, sodass man noch nicht von einem kippenden Ausbildungsmarkt sprechen könne.

**Senatorin Vogt** beschreibt vor dem Hintergrund der City-Entwicklung in Bremerhaven die Notwendigkeit, für eine zielorientierte Qualifizierung die entsprechenden Instrumente anzupassen, um Fehlqualifizierungen zu vermeiden.

Für das Flottenmodernisierungsprogramm würde keine prominente Summe im Bremen-Fonds reserviert, aber nachdrücklich auf Landesebene in überregionalen Gremien gearbeitet; entsprechende Forderungen zu Vergabezeitpunkten und -kriterien seien im Rahmen der Küsten-Wirtschafts- und Verkehrsministerkonferenz an den Bund adressiert worden. Allerdings sehe sie z. B. auch den Gesellschafter der Bremerhavener Werft in der Pflicht, ein nachhaltiges Interesse an einem Neubau der Polarstern zu signalisieren, gerade angesichts der Konkurrenz aus Niedersachsen.

**Herr Schierenbeck** äußert Sympathie für das Ansinnen des Abg. Tebje, Berufsabschlüsse unterschiedlicher Ebenen stärker zu verzahnen. In Richtung des Abg. Meyer-Heder fährt er

fort, dass er einen Ausbau und eine entsprechende Qualifizierung im Bereich der Digitalisierung schon im Hinblick auf eine Nach-Corona-Zeit für erforderlich halte.

Zur Lage am Ausbildungsmarkt erwidert er auf Beiträge der Herren Dr. Fonger und Neumann-Redlin, dass sich die Lage bei Einbeziehung der sonst üblichen und aktuell fehlenden niedersächsischen Bewerbungen schnell wieder zuspitzen würde und sich ein entsprechendes Delta auftäte. Er unterstreicht seine Erwartung von fehlenden oder abgebrochenen Ausbildungsverhältnissen – bspw. aus Insolvenzgründen - im oder nach dem Sommer; insofern plädiere er für eine Stärkung der Verbundausbildung und Übernahme von insolvenz betroffenen Ausbildungsverhältnissen, etwa im Rahmen der außerbetrieblichen Ausbildung.

**Frau Düring** stellt fest, dass aktuell 28% weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen seien und unterstreicht, dass mehrere verlorene Ausbildungsgenerationen drohten.

Im Übrigen sehe sie eine drängende Problemlage für die Berufsschulen, deren Lösung auf eine ernsthafte Auseinandersetzung der Kultusministerkonferenz harre. Weiterhin erwartet sie einen Verlust von Ausbildungsplätzen in Branchen mit Kontaktproblemen wie der Gastronomie und im Tourismus.

Insofern fordere sie nachdrücklich ein vorausschauendes Krisenmanagement, um eine verlorene Ausbildungsgeneration vermeiden zu können, zumal die Erfahrung aufgrund einer stabilen Zahl von 3000 arbeitslosen Jugendlichen sagt, dass diese kaum oder nur schwer für den Arbeitsmarkt aktiviert werden könnten. Die Problematik werde noch durch die fehlende Berufsorientierung verstärkt. Außerbetriebliche Maßnahmen sehe sie dagegen nur als ein Hilfsinstrument.

**Herr Neumann-Redlin** sieht sich nicht weit entfernt von den Positionen des DGB zur Ausbildung. Sicherlich sei das Thema ernst zu nehmen und es sollten alle Bewerberinnen und Bewerber versorgt werden können. Gleichwohl sei aktuell für dieses Jahr festzustellen, dass die Zahl der freien Ausbildungsplätze die Bewerberzahlen übersteigen. Insofern stelle für ihn das Matching ein bedeutenderes Problem dar. Den Ansatz des Abg. Tebje, eine verstärkte Verzahnung bzw. akademische Qualifizierung unterschiedlicher Berufsabschlüsse anzustreben, hält er für bedenkenswert, auch wenn aus einer solchen Maßnahme kein großer quantitativer Beitrag zu erwarten wäre.

**Abg. Wagner** stellt zur Bewertung des Ausbildungsmarktes fest, dass sich sowohl positiv wie negativ auswirkende Faktoren und Gründe nicht abschließend beurteilen ließen. Dass eine Rezession zu einem nachlassenden Ausbildungsengagement der Wirtschaft führe, sei eine naheliegende These – ebenso die These, dass es zu befriedigende Nachholbedarfe geben werde. Er spreche sich daher für eine entsprechende Vorbereitung seitens des Arbeitsressorts aus, wenn sich die Lage nicht deutlich verbessern sollte.

Da auch die öffentlichen Investitionen ein wesentlicher konjunktureller Faktor seien frage er nach dem Verfahrensstand zum des Investitionserleichterungsgesetz.

**Abg. Stahmann** vermisst die Handwerkskammer (HWK) unter den Gästen, die mit dem Handwerk einen wesentlichen Teil der auszubildenden Betriebe vertrete.

Seines Erachtens seien Urteilsabstufungen, wie schlimm sich die Krise nun auswirke, nicht zielführend – entscheidend für ihn sei, dass sich in der bisherigen Diskussion die Ausbildung als ein herausragendes Thema erwiesen haben. Insofern müssten Fragen zur Verbesserung des Matchings, des verspäteten Ausbildungsbeginns und der Unterstützung der Schülerschaft, die seit dem Schuljahresende ohne Berufsorientierung dastünde, dringlich geklärt werden.

Kritisch beurteilt er die Ankündigung von Airbus, die Ausbildungsanstrengungen reduzieren zu wollen. Lobend erwähnt er die bremische Initiative, zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern den Neubau der Polarstern gemeinsam für die Genting-Group einzuwerben – damit stünde eine nachgewiesene Fachkompetenz aus Mecklenburg-Vorpommern und Bremen der Konkurrenz gegenüber, sodass ein solcher Auftrag in Bremerhaven zwar nicht aus dem Bremen-Fonds (teil-)finanziert, aber doch mitentscheidend von Bremen befördert werden könne.

**Abg. Weiss** berichtet, er habe mit der HWK gesprochen und sie sei verhindert aufgrund ihrer Vollversammlung. Ihm sei eine Zahl von -18% bei den Ausbildungsverhältnissen für dieses Jahr genannt worden, allerdings mit sinkender bzw. aufholender Tendenz, sodass die HWK die Lage eher in Grautönen sehe.

**Dep. Dr. Redder** wünscht sich sowohl ein stärkeres Engagement des öffentlichen Dienstes am Ausbildungsmarkt wie auch mehr gestalterische Kreativität der öffentlichen Hand, etwa im Rahmen von Ausschreibungen, um auch konkret die bremische Wirtschaft zu stärken und zu unterstützen. Eine gestärkte Wirtschaft könnte auch am Ausbildungsmarkt stärker agieren.

**Frau Marahrens-Hashagen** bemerkt, die HK stehe in enger Abstimmung mit der HWK zu Fragen des Ausbildungsmarktes.

Sie bittet, das Thema „Maritime Wirtschaft“ nicht nur auf Bremerhaven zu beschränken, da Bremen eine bedeutende Zuliefererindustrie in diesem Sektor vorhalte, sodass das Thema landesweit von Bedeutung sei.

**Senatorin Vogt** betont nachdrücklich, dass der Bremen-Fonds viel ermögliche, am Ende aber auch Unternehmen zur Projektumsetzung stehen müssten.

Zur Frage der möglichen HWK-Beteiligung bemerkt sie, dass in der letzten Deputationssitzung vereinbart wurde, in der Sondersitzung in erster Linie über das Konjunkturprogramm sprechen zu können; überdies sei das Raumangebot Corona-bedingt leider begrenzt sei.

Das aktuelle Matching-Problem begründet sich ihres Erachtens aus den Schulschließungen,

in deren Folge die berufsorientierenden Beratungen ausfielen, sowie des eingestellten Kundenkontaktes bei der Bundesanstalt für Arbeit sowie der Jugendberufsagentur. Der Ausbildungsbeginn werde nach ihren Erwartungen sicherlich auf den 01.09.2020 verlegt werden und ggf. auch noch flexibler gestaltet.

Eine akademische Qualifizierung der Facharbeiterebene müsste unter Berücksichtigung von Engineering und Produktion eingeleitet werden; sie halte dies aber auch für erforderlich, um einer beruflichen Gesellschaftsspaltung zwischen akademischen und nicht-akademischen Berufen vorzubeugen.

In Richtung des Dep. Dr. Redder bemerkt sie, dass der öffentliche Dienst 50 Ausbildungsplätze zusätzlich einrichten werde.

**Staatsrat Wiebe** erklärt, dass das Investitionserleichterungsgesetz voraussichtlich im September 2020 die Bürgerschaft erreichen werde. Die nachfolgende Generierung von Aufträgen sehe er als Aufgabe der gesamten Senatsverwaltung an. Mit Blick auf das Flottenmodernisierungsprogramm gelte dies für das Wirtschaftsressort bzw. den Senat noch einmal besonders; trotz der vergleichsweise bescheidenen eigenen Flottengröße Bremens bestünden möglicherweise auch in Bremen Chancen für Auftragsvergaben zur Erneuerung seiner Flotte.

**Abg. Weiss** fragt abschließend, mit welchem Blick und welchen, auch zeitlichen Erwartungen die Gäste auf die Krise blickten.

**Herr Neumann-Redlin** erwähnt, dass gerade erst heute ein Impfstoff in Großbritannien schon für September dieses Jahres vermeldet worden sei; sofern sich derartige Bemühungen tatsächlich noch in 2020 konkretisieren ließen, blicke er hoffnungsvoll in die Zukunft – mit längerem Warten auf einen Impfstoff trübe sich diese Hoffnung ein.

**Herr Schierenbeck** ist vor dem Hintergrund des aktuellen Infektionsgeschehens positiv zukunftsgestimmt. Er hält es nur erforderlich, die noch spürbare Schockstarre zu überwinden und die Aufgaben zur Zukunftsgestaltung anzunehmen.

**Frau Marahrens-Hashagen** ersehnt einen Impfstoff und erwartet eine positive Entwicklung wieder ab Mitte nächsten Jahres – mit einem Impfstoff entsprechend früher.

**Frau Düring** sieht bei aller Unsicherheit durch die bewegten Zeiten eine insgesamt gute Grundlage, um den Strukturwandel gestalterisch bewältigen zu können.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

**Abg. Weiss** schließt die gemeinsame öffentliche Sondersitzung der staatlichen und städtischen Deputationen für Wirtschaft und Arbeit.

---

Für die Protokollführung  
Sengstake